

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Soběšova n. m. 22. Einzelpreis 70 Heller. Abonnementspreise: Bei Bestellung im Voraus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18 Kč, Teils, von 6796, nach 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokratisches Prag, vierzehntägig 48—Kč, halbjährig 96—Kč, jährlich 192—Kč. Für Deutschland 18—Mk. Erscheinung mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Müßiges Geschwäg.

Eine Seeschlange, die sonst nur zu hochsommerlichen Zeiten den Zeitungen über die politische Oede der parlamentslosen Zeit hinweghüllt, beschäftigt gegenwärtig die bürgerliche Presse. Der Einfall irgend eines Provinzpolitikers genügt diesmal, um die Frage der Schaffung der Einheitspartei nicht nur in den deutschbürgerlichen Provinzblättern, sondern auch in den Prager Blättern zur Diskussion zu stellen. Daß diese Frage nun urplötzlich wieder auftaucht und scheinbar ganz ernsthaft besprochen wird, kann nur so erklärt werden, daß die Mißerfolge der deutschbürgerlichen Politik Unzufriedenheit in den deutschbürgerlichen Wählerkreisen erweckt haben, und man nun diese Mißerfolge gerne, anstatt auf die schuldigen Führer, auf die politische Parteienzersplitterung im deutschbürgerlichen Lager schieben möchte. Die Lösung ist diesmal von dem in den weitesten Kreisen unbekanntem mährischen Abgeordneten Dr. Heinrich Brunner ausgegangen, welcher in der „Reichenberger Zeitung“ — wo denn sonst! — seine Weisheit ablagerte, die in der Feststellung gipfelte, daß den Deutschen in der Tschechoslowakei „so lange nicht geholfen werden könne“, als sie sich zu einer Einheitspartei nicht zusammenschließen. Ihm folgte der bekanntere Dr. Turnwald in Gablonz, der gleichfalls gegen den „fast unabweislichen Gang zur Parteibildung“ im deutschen Volke eine Lanze brach, einige Tage später griff das „Prager Tagblatt“, wohl in Ermangelung eines anderen Stoffes für einen Leitartikel, zu diesem Thema, und schließlich fühlte sich gestern auch die halb-offizielle „Prager Presse“ berufen, die Frage mit den üblichen Phrasen ihrer staatsrechtlich-haltenden Besprechungen zu übergehen.

Die Schaffung einer deutschbürgerlichen Einheitspartei war schon früher nicht nur Gegenstand von Diskussionen, sondern auch von Versuchen, sie tatsächlich zu schaffen. Der letzte derartige Versuch wurde in der Zeit vor den letzten Wahlen unternommen und er endete, wie alle früheren Versuche, mit einem Mißerfolge. Dr. Turnwald, der an die seinerzeit in Aussicht gegangenen Besprechungen erinnert, fügt bedauernd hinzu, daß damals in die Einigungsbestrebungen „sofort ein Zankapfel“ durch Auffassung eines „ganz überflüssigen Programmes“ hineingeworfen wurde. Dieses „ganz überflüssige Programm“ enthielt den sogenannten „Judenparagrafen“, der verlangte, daß die Juden von der Teilnahme an der Einheitspartei ausgeschlossen werden. Alle Bemühungen, eine Zurückziehung dieses Antrages zu bewirken, waren vergeblich und so scheiterte, wie Dr. Turnwald klagt, schon an dieser „kleinen Frage“ damals die Bildung der Einheitspartei. Der Herr Dr. Turnwald scheint allen Ernstes zu glauben, daß die Einheitspartei überhaupt kein Programm zu haben brauche und daß das Gelingen der Einheitsbestrebungen damals lediglich von dieser „kleinen Frage“ abhängig. Er sagt: „Wenn die deutschen Abgeordneten und Senatoren mit gutem Beispiel vorangehen und sich entschließen würden, alle Parteien aufzugeben und sich zu einer Partei zu vereinigen, würde diese Entschlie-
fung gewiß von der allgemeinen Zustimmung des deutschen Volkes begleitet sein.“ Dr. Turnwald meint also wirklich, daß die Tatsache der Parteibildung von dem guten oder bösen Willen einzelner Menschen abhängt, und er hat nicht begriffen, daß trotz der gemeinsamen Arbeiterfeindschaft der deutschbürgerlichen Parteien, der sie einzig, sich doch in den verschiedenen politischen Parteien gewisse Gegensätze, die eben auch

innerhalb des deutschen Bürgertums bestehen, ausdrücken. Nur politische Naivität vermag zu übersehen, daß eine Vereinigung aller Richtungen der Parteien eines Volkes schlechterdings unmöglich ist und daß selbst, wenn die formelle Schaffung einer solchen Einheitspartei gelingen würde, sie auch nicht die geringste Belastungsprobe aushalten könnte. Wir haben gewiß von den freisinnigen Bestrebungen der Deutschdemokratischen und deutschnationalen Partei keine erheblichen Vorstellungen, aber dennoch glauben wir nicht, daß die Wählerschaft eine Verschmelzung ihrer Partei mit den Merkmalen und Christlichsozialen zulassen würde. Auch die deutschbürgerlichen Städtevertreter haben wahrlich in der Vertretung der städtischen Interessen keine Heldentaten vollbracht, aber dennoch wäre eine Verschmel-

zung dieser Parteien mit den Agrariern unmöglich. Das gleiche gilt von den Gegen-
sätzen, die zwischen den Interessen der Fabrikanten und jener der Kleinbürgerlichen deutschen Schichten der Bevölkerung bestehen, die sich ebensowenig unter einen Hut bringen lassen. Wenn es nicht einmal möglich war, über den „Judenpunkt“ eine Einigung herbeizuführen, die Herren über die Frage, ob für oder gegen die Juden, keine Verständigung herbeiführen konnten, ja wenn sie sich bis nun noch nicht einmal darüber einigen konnten, ob sie für oder gegen den Staat sind und selbst in grundsätzlichen nationalen Dingen vollständig uneinig sind, wie sollte und könnte ein einheitliches, kulturelles und wirtschaftliches Programm, das alle deutschbürgerlichen Schichten der Bevölkerung umfaßt, erzielt werden? Und zu

allem: welche Partei würde auf die Werbung für ihre Grundsätze und Ziele, auf die Betonung der ganz besonderen politischen und kulturellen Interessen jener Gruppen verzichten, die sie heute vertreten? Wenn das „Prager Tagblatt“ zu dem Schlusse kommt: „Unbelehrt durch die Erfahrungen im alten Oesterreich und unberührt von dem Zusammenbruch des geistesarmen Baues, hat die deutsche Subdenpolitik so viele Ziele, als sie Politiker hat“, so mag das, so weit es auf gewisse Zersplitterungs- und Sonderlingsbestrebungen Anwendung findet, die allerdings im deutschen Bürgertum stark grassieren, seine Richtigkeit haben, aber darum heißt doch richtig, daß die Schaffung einer Einheitspartei in das Reich der müßigen Träume und die Erörterung darüber in das Gebiet des zwecklosen Herumredens gehört.

Neue Gefahrenquellen.

Der Völkerverbund soll wegen Albanien hessen.

Genf, 9. November. (Gazet.) Ministerpräsident Lloyd George fordert in einem von ihm abgefassten Telegramm mit Rücksicht auf die durch den ständigen Vormarsch der jugoslawischen Truppen in Albanien geschaffene Lage den Zusammentritt des Völkerverbundes. Dieser wird über die für den Fall zu treffenden Maßnahmen beraten, daß sich Jugoslawien weigern sollte, die übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, oder daß es seinen Vormarsch fortsetzen sollte.

Genf, 9. November. (Gazet.) Der Völkerverbund tritt Ende nächster Woche zu einer außerordentlichen Tagung in Paris zusammen.

Der Zustand in der Ukraine

Wien, 9. November. (Ukr. Pressbüro.) Die ukrainischen autonomen Abteilungen unter der Führung des Obersten Setel haben nach mehrtägigen Kämpfen, in denen der Widerstand der 24. bolschewistischen eiserne Division gebrochen wurde, Winiza erobert. Die Eisenbahnstrecke Zmerinka—Winiza ist in den Händen der Aufständischen.

Prag, 9. November. Die Presseabteilung der russischen Handelsdelegation verbreitet demgegenüber einen Bericht, der mit der gleichen Reserve wie der obenstehende Ukrainische aufzunehmen ist:

„Laut telegraphischer Nachricht ist der Rauhauptmann Tjujunit umzingelt, Petljuras

selbst liquidiert. Laut derselben Nachricht soll Kamenz-Podolsk, wohin Petljuras seine Truppen gerichtet hat, von ihnen nicht besetzt gewesen sein. Die polnischen Zeitungen berichten, daß die Städte Husiatin und Gorodok durch Sowjettruppen befreit seien. Die Petljurabanden flüchten. Die „Warschauer Zeitung“ teilt mit, daß Petljuras Abenteurer erledigt ist. Einzelne Teile der Petljurabanden, die über die Brzeczynogrenze in das polnische Gebiet zurückzogen, sind von den polnischen Grenztruppen entwaffnet und interniert worden.“

Erste Lage in Irland.

London, 9. November. (Reuter.) Es wird berichtet, daß Ulster ein Vorschlag gemacht wurde, demzufolge Ulster eine Provinz bilden soll, die ein wesentlicher Teil des vom britischen Parlament beherrschten irischen Dominions wäre, dessen Statuten jenen der Parlamente der britischen überseeischen Dominions gleichen. Man glaubt, daß das Ulster abneigt eine Abänderung des Gesetzes betreffend Fomerule vom Jahre 1920 abzulehnen wird, wodurch die Situation in eine Sackgasse geraten wird, aus der keine Rückkehr möglich ist. Der Ministerpräsident von Ulster, Craig, hat gestern abends eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß mit Rücksicht auf den Ernst der Lage die Verantwortlichkeit vom ganzen Ulsterkabinett übernommen werden sollte.

Tschitscherin verleugnet die Dritte Internationale.

Paris, 9. November. (Gazet.) In einem Gespräch mit dem Moskauer Vertreter des „Reit Parisien“ korrigiert Tschitscherin daß unüberwindliche wirtschaftliche Schwierigkeiten und die Gefahr eines Zusammenbruchs Sowjetrußland nötigen, eine entschiedene Wendung zum westeuropäischen Kapitalismus zu machen. Tschitscherin fuhr fort: Die auswärtige Politik der Sowjetregierung beruht jetzt vornehmlich

los auf wirtschaftlichen Interessen und nicht auf Doktrinen, wie die frühere Politik. Sie werde künstlich von der Dritten Internationale und dem Klassenkampf völlig unabhängig sein.

Die russischen Staatsmänner betrachten die Dritte Internationale bereits als unbrauchbares Instrument ihrer Außenpolitik. Die „Unabhängigkeit“ vom Klassenkampf ist ein Zeichen rasch fortschreitenden geistigen Zerfalls. (Die Red.)

Der Zusammenbruch der deutschen Mark.

Paris, 9. Nov. (Gazet.) Die Presse ist über den Zusammenbruch der deutschen Mark und die möglichen Folgen, insbesondere für die Reparationsfrage, beunruhigt. Sie konstatiert, daß die deutsche Regierung die Ausfuhr des deutschen industriellen Vermögens, das sich täglich in fremde Devisen umwandelt, ermuntere und erleichtere. Diese Haltung stehe im Widerspruch mit den Versicherungen der deutschen Regierung, die sich der Garantiekommission verpflichtete, die Devisen zugunsten

in Frankreich. Die allierten Forderungen zurückzuhalten. Die Blätter dringen darauf, daß Frankreich rasch die unumgänglich notwendigen Vorkehrungen treffe, um Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

„Echo de Paris“ meldet, daß Millerand und die an der Reparationsfrage unmittelbar interessierten Minister gestern eine lange Beratung hatten, in der sie ernste Maßnahmen in Erwägung gezogen hätten.

Krise über Krise.

Noch ist die ungarische Gefahr, die Karl Habsburg heraufbeschwor, nicht ganz gedammt, noch scheren sich die magyarischen Grafen dagegen, das ganze stuchbeladene Geschlecht des Thrones verlustig zu erklären, und die Mobilisierungswelle stüzt nur langsam, unter Mühen ab — und schon wieder ziehen von allen Seiten neue Krisenmöglichkeiten heran. Ein einziger Tag bringt uns gleich drei Nachrichten, welche die Bauartigkeit des über den Weltkrieg hinübergereiteten und erst recht die Unnatürlichkeit des in den Friedensrängen neu zusammengefügten Europa erweisen.

Der stärkste Staat unseres Erdteiles, England, der aus dem Völkerringen als Weltbeherrscher hervorging, vermag aus schweren inneren Unruhen nicht herauszukommen, die irische Frage beschäftigt, ohne einer Lösung zugeführt werden zu können, seit Monaten die fähigsten Männer des Staates. kaum ist es Lloyd George gelungen, in richtiger Erkenntnis der Sachlage und mit der durch diese gebotene Selbstverleugnung in den Verhandlungen mit den katholisch-republikanischen Sinngelehrten des Nordens eine für beide Parteien halbwegs annehmbare Plattform — Behandlung Irlands als souveränes Dominion etwa in der Art von Südafrika oder Kanada — zu finden, so treten auch schon die protestantisch-konservativen W-

Wettstreben, Wall-Messersch und Mittel, und dem Konsulate in Breslau die Slowakei samt dem Gebiet von Arwa als Amtsbereich zugewiesen. Die Besorgung der Konsularangelegenheiten obliegt weiterhin der Gesandtschaft in Prag.

Wiederaufnahme des regelmäßigen Postverkehrs mit Russland. Laut Bericht des Leiters der tschechoslowakischen Reparationskommission in Moskau funktioniert der mit Russland wieder aufgenommene Postverkehr gut. Rekommandierte und gewöhnliche Briefe kommen in zehn bis zwölf Tagen an.

Ausland.

England und die deutsche Reparation.

London, 8. November. (Reuter.) Das Foreign Office veröffentlichte heute den Bericht Brabburys, des britischen Mitgliedes der Reparationskommission. Dieser Bericht bezieht sich auf die Wiesbadener Abkommen. Nach Brabbury werden diese Abkommen weitere Lasten für Deutschland auferlegen, die die Reparationskommission auf Grund des Friedensvertrages auferlegt, nach sich ziehen. Brabbury hält die Tatsache für sehr bemerkenswert, daß die Deutschen immer behaupten konnten, sie hätten schon Schwierigkeiten, allen Verbindlichkeiten, die die Zahlungsaussstellung auferlegt, nachzukommen. Nach Brabbury könnte diese weitere von Deutschland angenommene Belastung Deutschland unzufügig machen, den Verpflichtungen, die in der Zahlungsaussstellung vorgesehen sind, nachzukommen, besonders unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Zahlungsaussstellung im Mai als diejenige Belastung aufgestellt wurde, die, wie man erwarten konnte, Deutschland auf sich nehmen kann. (Die vorliegende Nachricht scheint einen Gegensatz zwischen England und Frankreich in der Frage der Reparationen aufzuweisen. In Wiesbaden wurden, wie bekannt, zwischen dem deutschen und französischen Wiederaufbauministern ein Abkommen geschlossen, wonach ein Teil der Geldleistungen, die Deutschland an Frankreich zu begleichen hat, in Naturalleistungen umgewandelt wird. Wenn der englische Delegierte nun behauptet, daß Deutschland dadurch größere Leistungen auf sich genommen hätte, ist dies nicht richtig, weil unter Umständen größere Zahlungen von Deutschland leichter zu leisten sind als um eine Kleinigkeit geringere Zahlungen in Geld. Wenn Brabbury schließlich sagt, daß das Wiesbadener Abkommen Deutschland unfähig machen könnte, seinen Verbindlichkeiten, die es im Londoner Ultimatum angenommen hat, nachzukommen, so bricht daraus nur die Furcht Englands bei den Zahlungen Deutschlands gegenüber Frankreich heraus zu werden. Während Deutschlands Wirtschaft durch den Zusammenbruch der Mark stark gefährdet wird, streiten England und Frankreich um die Teilung der Beute — die ganze Tragik von Deutschlands Situation kommt darin zum Ausdruck. D. Red.)

Die Dedenburg'sche Volksabstimmung.

Wien, 9. November. Von hierher informierter Stelle wird mitgeteilt: Zur Sicherung einer unbeeinträchtigten Abstimmung im Dedenburg'schen Plebiszittgebiet wird Österreich als *complice sine qua non* verlangt, daß sich in dem Gebiet keine ungarischen Soldaten befinden. Es wird vorgeschlagen werden, eine paritätische Ortswehr zu bilden, zusammengesetzt aus Österreicher, von denen die erste Hälfte von der österreichischen, die andere von der ungarischen Regierung nominiert gemacht werden sollen, ferner fordert Österreich durch sieben Tage volle Freiheit der Aktion durch Aufmarsch, Versammlungen und alle sonstigen erforderlichen Mittel. Weiters wird die Entsendung einer großen Anzahl von Ententeoffizieren gewünscht. Ferner wird auf die genaueste Kontrolle der Wahlberechtigung, besonders durch die oben genannte paritätische Kommission verlangt.

Einsätze ins Burgenland geplant.

Wien, 9. November. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) Man erfährt jetzt, was die Ungarn mit der Rückführung der Banden bezwecken. Die Banden werden nämlich im Raum von Steinamanger und Ens konzentriert und von dort aus planen sie, wie sie erzählten, wenn die Volksabstimmung in Dedenburg unglücklich ausgeht, einen neuen Einbruch in das Burgenland. Pronay nimmt öffentliche Stellung gegen die Rückführung der Banden und die Abstimmung in Dedenburg auf die Weise vor, daß sie den Freischälern Heimatscheine geben, damit sie bei der Abstimmung mitabstimmen können.

Neuerlicher Zusammenziehung ungarischer Banden.

Wien, 9. November. Die Blätter melden aus Westungarn, daß sich die aufständischen Banden, welche am Montag abgezogen sind und das burgenländische Gebiet verlassen haben, neuerdings in der Nähe der magyarischen

Ungarn fügt sich in der Habsburgerfrage.

Paris, 9. November. (AP.) Die Vorkonferenz nahm die Mitteilung der ungarischen Regierung zur Kenntnis, laut welcher sich diese verpflichtet, die Entscheidung der Konferenz zu befolgen, die eine Wiederherstellung der Herrschaft der Habsburger verbietet. Die ungarische Regierung erklärt, sie wolle sich mit den auf der Konferenz vertretenen Großmächten ins Einvernehmen setzen, bevor sie zur Lösung der

Frage der Wahl eines neuen Staatsoberhauptes schreite. Sie beabsichtige, ein Gesetz zu erlassen, das es ermöglichen solle, jeden Versuch, einen Habsburger oder einen anderen Prätendenten, der den Wünschen der Mächte nicht entspreche, auf den Thron zu setzen, entgegenzutreten und auch jede auf ein solches Ziel hinarbeitende Verberätigung zu verhindern.

Imperialistischer Wahnsinn in Frankreich.

Für die weitere Anebelung Deutschlands Paris, 9. November. In der gestrigen Senatsitzung sprach Senator Jarry die Finanzlage und erklärte: Man dürfe sich durch einen falschen deutschen Vankeroit nicht betören lassen. Man müsse sich an den natürlichen Reichtümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, müsse man alle internationalen und strategischen Eisenbahnlinien besetzen und die beiden Rheintore neutralisieren. Das wäre eine ernste Friedensgarantie und eine Frage, mit welcher der Völkerbund beschäftigt werden müsse. Der Senator verlangte auch, daß die Frage der französischen Schulden bei den Alliierten zur Sprache gebracht wird. Er schlug eine internationale Anleihe bei den Neutralen vor, um die französische Finanzlage zu bessern. Diese Anleihe soll durch eine Hypothek auf das deutsche Vermögen gedeckt werden. Nach einer Entgegnung des Handelsministers Dier, der an die Wiederherstellung der Vertrauensstagesordnung glaubt, wurde die Vertrauensstagesordnung angenommen, in der gesagt wird, man habe Vertrauen zu der Regierung, daß sie nicht gestatten wird, daß Deutschland sich seinen Verbindlichkeiten entziehe, was ein wirkliches wirtschaftliches Privilegium darstellen würde.

Paris, 8. November. Der Abgeordnete Raffier hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Gesetz über den Nachkündentag einer Revision zu unterziehen und es in Einklang zu bringen mit den Notwendigkeiten in den verschiedenen Industrien.

Freier Verkehr zwischen den Nachfolgestaaten.

Vereinbarungen von Porto Rose.

Porto Rose, 8. November. Die Wirtschaftskommission hat sich bisher über folgende Punkte geeinigt: Die Einfuhr- und Ausfuhrverbote der Nachfolgestaaten sollen innerhalb bestimmter Fristen beseitigt werden. In den nächsten Monaten werden die Verhandlungen über die Handelsverträge zwischen denjenigen Nachfolgestaaten geführt werden, zwischen denen bisher solche Verträge nicht bestehen. Die Grundzüge dieser Verträge soll der normale Verkehr ohne Verbote bilden. In der Zwischenzeit werden keine Verkehrsverbote erlassen und über die Erleichterungen den beschließenden Staaten Vorschläge gemacht werden. Die Kommission hat für den Brief-, Karten- und Postpaketverkehr zwischen den Nachfolgestaaten Tarife festgestellt, die niedriger sind als im Verkehr mit dem übrigen Auslande. Sie hat außerdem Beschlüsse gefaßt, die die Eröffnung des Postanweisungsverkehrs mit den Nachfolgestaaten und mit Italien ermöglichen. Außerdem sind für den Telegrammverkehr zwischen den Nachfolgestaaten Tarife vereinbart worden, die viel niedriger sind als die internationalen Tarife. Die Verkehrskommission berät die Unterstellung der noch unaufgeteilten Wagen des gemeinsamen Wagenparks und der von den einzelnen Staaten als Kriegsbüchse beanspruchten Wagen und das internationale Arrangement über die gegenseitige Wagenverleihung. Eine befriedigende Lösung dieser Frage würde die freie Verwendung auch dieser Wagen ermöglichen.

Banken Devisengeschäfte abgeschlossen werden können. Die Banken sind verpflichtet von jedem, der ein Devisengeschäft eingehen will, eine Legitimation zu verlangen und über jedes abgeschlossene Geschäft einen Schluschein auszustellen, der dann dem Finanzamt überwiesen wird. Die Finanzämter nehmen die Schluscheine zu ihren Steuerakten. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und Reichstagen zugehen.

Österreichischer Nationalrat.

Eine heftige Abstimmung. — Die Christlichsozialen Antisemiten für die Interessen der jüdischen Konfession.

Wien, 9. November. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) In der heutigen Nationalratsitzung hat eine interessante und ungleich lukrative Abstimmung stattgefunden. Der Wiener Landtag hatte vor einigen Monaten einen Beschluß gefaßt, wonach im Landesrat von Wien die einzelnen Konfessionen keine Vertretung mehr haben sollten. Die Christlichsozialen hatten aber im Nationalrat diesem Beschluß nicht zugestimmt und das Schulaußschußgesetz dahin abgeändert, daß die Konfessionen wieder ihre Vertretung bekommen sollten. Der Bundesrat hat sich dem Beschluß des Wiener Landtages angeschlossen, der Nationalrat ist aber bei seinem ursprünglichen Beschluß geblieben. Heute kam das Wiener Schulaußschußgesetz zum dritten Male vor den Nationalrat. Die Sozialdemokraten verlangten die getrennte Abstimmung über die Vertretung der jüdischen Konfession, und die Christlichsozialen stimmten nun auch für die Vertretung der Juden im Wiener Landesrat, und zwar auch der Obmann des Wiener Antisemitenbundes, der Abgeordnete Jersabel, was mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen wurde. Das Gesetz wird wieder an den Bundesrat gehen, der voraussichtlich den Beschluß des Wiener Landtages wieder annehmen wird.

Ein Gesetz gegen den Devisenhandel.

Berlin, 9. November. Wie die Blätter melden, hat das Reichskabinett gestern dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß die Zulassung nur durch die Vermittlung von

Demobilisierung in Jugoslawien.

Belgrad, 9. November. (Eig.) Zu der bestimmten Erwartung, daß Ungarn die unter dem Druck der Großen Entente eingegangenen Verpflichtungen strikte erfüllen wird, beschloß die Regierung zwecks Verminderung der Demobilisierungskosten die sukzessive Demobilisierung der noch im Hinterlande befindlichen Truppenteile durchzuführen. Die Zurückziehung der Truppen von der Grenze wird erst nach voller Erfriedigung der Forderungen der Kleinen Entente erfolgen.

Die englische Presse gegen das französisch-luxemburgische Abkommen.

London, 9. November. (Radio.) Die Presse ist im allgemeinen der Meinung, daß Briand, wenn er seine Versprechungen erfüllen wolle, dem Vertrag von Angora seine Genehmigung versagen müsse. In der Eile der Reisevorbereitungen sei ihm vielleicht die wesentliche Bedeutung des Vertrages entgangen.

Kleine Chronik.

Der Orkan.

Der seit einigen Tagen in Mittel-, West- und Süddeutschland wütende orkanartige Sturm hat noch immer nicht nachgelassen. Aus allen Gegenden werden weitere schwere Schäden, die der Sturm verursacht hat, gemeldet. So sind dem Sturm, der im ganzen Rheintal wütete, leider auch Menschenleben zum Opfer gefallen. In Esch wurde Nachmittag für die Schulkinder ein Gottesdienst abgehalten. Nach Beendigung der Andacht hielt die Lehrerin die Kinder des Sturmes wegen länger in der Kirche zurück. Möglichst kam der Kirchturn in's Banker, stürzte herunter und brach das Dach der Kirche durch. Sechs Kinder waren sofort tot, sechs weitere Kinder

wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt. — In Hamburg risk der orkanartige Sturm das im Röhrenhafen von Burg (Fehmarn) liegende Röhrenschiff los und entführte es in den Fehmarnsund, wo die hochgehenden Wellen es auf holsteinischer Seite 200 Meter weit auf den Strand warfen. Bei allendem Wasser war keine Möglichkeit, das Schiff frei zu bekommen, so daß Fehmarn ohne Führer Verbindung mit dem Festlande ist. — In Euzhaven ist bei dem furchtbaren Sturm der auf der Reede ankernde norwegische Dampfer „Alfreden“, der nach Wiederholung seiner Reparatur wieder in See gehen sollte, von seiner Verankerung losgerissen worden und gestrandet. Die Abschleppversuche sind bisher vergeblich gewesen. Weiter wurden drei Ewer auf der Reede losgerissen und mehr oder weniger schwer beschädigt.

Auch in Holland und auf beiden Seiten des Kanals hat der orkanartige Sturm mit Bestiilität gewütet. Der Schaden, der auch durch Ueberschwemmungen entstanden ist, ist groß. Verschiedene Personen fanden den Tod.

In Sturm und Schneetreiben kenterte vor der Hafeneinfahrt in Delfsingfors der Dampfer „Kustawi“ aus Abo. Er hatte insgesamt 30 Personen an Bord, wovon nur zwei noch lebend an die Küste gespült wurden. Die übrigen sind ertrunken.

Eine neue Muttat im besetzten Gebiet. Wie die „Mainzer Volkszeitung“ aus Bingen berichtet, wurde dort der Unteroffizier der sozialdemokratischen Partei, Franz Kröly, in der Nacht vom Samstag zum Sonntag von einem marokkanischen Soldaten getötet. Kröly befand sich in Begleitung eines Parteigenossen gegen 12 Uhr nachts auf dem Heimwege an der Ecke Rheinstraße-Rathausstraße, während in der Nähe zwischen Schiffen und Matrosen ein Streit ausgebrochen wurde. Die beiden gänzlich unbeteiligt ihres Weges gehenden wurden plötzlich von einem stüchenden Marokkaner angegriffen. Kröly wurde zu Boden geworfen und mit einem Seitengewehr in die Brust gestochen. Er starb nach wenigen Minuten; sein Begleiter benachrichtigte sofort die französische Kommandantur, die die Bestattung des Toten veranlaßte.

Wild-West. New York, 8. November. (Reuter.) In Dixon (Illinois) brachen zwölf Räuber den New-Orleanser Expresszug zum Steben, drangen in den Postwagen ein, zerstörten mit Dynamit die Kasse, welche viele Wertgegenstände enthielt und verletzten einige Eisenbahner und Postbeamte.

Marinowitsch in Jugoslawien. Belgrad, 9. November. Die Athener Polizei hat den in Griechenland verhafteten Urheber des Attentats auf König Alexander, Marinowitsch, an die Grenze gebracht, wo er von den jugoslawischen Behörden übernommen wird.

Landwirtschaftsgenossenschaften und Landwirtschaftskammern.

E. Seider-Jägerndorf.

Nebst der Bodenturfurme hat die Regierung noch einige Gesetzentwürfe und Verlautbarungen den maßgebenden Körperschaften und der Nationalversammlung zur Annahme empfohlen, die die Regelung der landwirtschaftlichen Produktion und die der sozialen, kulturellen und materiellen Bedürfnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer auf das einschneidendste berühren. Zu diesen Entwürfen gehören die sogenannten „Neuen Richtlinien“, welche die dienstlichen Verhältnisse und die Bezüge der Güterbeamten regeln sollen, ferner die Errichtung von Genossenschaftskommissionen und der Ministerialparitätskommission. Von weittragender Bedeutung ist die Regierungsvorlage über die neu zu errichtenden Landwirtschafts- und Landwirthe-Kammern. So wie die Industriellen und die Handelsvertreter in den Handelskammern ihre öffentlich-rechtliche Interessenvertretung besitzen, besteht für die Landwirtschaft seit 30 Jahren der Landeslandrat, der freilich in erster Reihe zum Hüter großagrarischer Machtbestrebungen wurde. Wenn die große Mehrheit der Kleinlandwirte, Gärtner und landwirtschaftlichen Angestellten und Arbeiter für diese Institution gar kein Interesse zeigte, ja oftmals in einem scharfen Gegensatz gegenüber den Bestrebungen des Landeslandrates geriet, so nur deshalb, weil Letzterer, die deutsche und tschechische Erbschaft, eine unbestrittene Domäne des Großgrundbesitzes und des Großbauernums war. Das allgemeine Wahlrecht machte das Meer der Landhürden und Landarmen politisch denkfähig und dieser politischen Demokratie mußte eine wirtschaftliche folgen und diese wieder bedingte eine geänderte Konstitution der landwirtschaftlich-kulturellen Interessenvertretung. Die große Masse des landarmen oder landlosen Volkes hatte ein Recht nach Besserstellung ihres keineswegs benidenswertes Loses und die von der Regierung ins Leben gerufenen Landwirtschafts- und Landwirthe-Kammern sollten scheinbar das geeignete Mittel sein, das Landproletariat von den Fesseln seiner sozialen und wirtschaftlichen Unfreiheit zu erlösen.

Der gute Wille soll keineswegs verworfen werden, der in sozialwirtschaftlicher Hinsicht dem Regierungsentwurfe anhaftet, aber die den Landwirtschaftsgenossenschaften zu Grunde liegende Tendenz verdrängt auch hier wieder nationalpolitische Ziele und auch selbst diese schlecht verhüllt. So wie die Bodenreform als brauchbares Tschschisierungsinstrument gehandhabt werden kann, soll sich unter der Flagge des Genossenschaftswesens der tschechisch-nationale Einfluss in den Kreisen der deutschen Kleinlandwirte und landwirtschaftlichen Angestellten und Arbeiter geltend machen.

Vor allem hebt der tschechische Entwurf die nationale Sektionierung der Landeskulturbehörde glattweg auf. Demnach soll auch hier die Idee des nationalstaatlichen Charakters der Republik ihre Verwirklichung finden, d. h. die verschiedenen national und wirtschaftlich friedlich nebeneinander arbeitenden Sektionen des Landeskulturrates sollen mit Gewalt in den politischen Sphären hineingezogen werden.

Die Wahlordnung für die Landwirtschaftsgenossenschaften ist eine solche, daß mit wenig Ausnahmen die Tschechen vermöge ihrer Zahl in fast allen Genossenschaften die Mehrheit der Mandate erlangen werden. In den Landwirtschaftskammern — es ist deren eine für Böhmen und eine für Mähren und Schlesien vorgesehen — werden die Deutschen der Willkür der tschechischen Mehrheit ausgeliefert sein. Zur Erörterung dieser Tatsache sei kurz angeführt:

Mitglieder der Landwirtschaftsgenossenschaften müssen zwangsweise werden: 1. Besitzer und Pächter von Grund und Boden, welcher der Grundsteuer unterliegt und ein Hektar im Ausmaß hat; 2. landwirtschaftliche Arbeiter und die nicht der Pensionierung unterliegenden Angestellten beiderlei Geschlechtes, sofern dieselben 21 Jahre alt und bereits 6 Monate auf einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig sind; 3. landwirtschaftliche Intelligenz, Tierärzte, Lehrer und Beamte der landwirtschaftlichen Schulen, Anstalten und Genossenschaftsunternehmungen, sowie Besitzer und Pächter aller über ein Hektar zählenden Grundbesitze. Die Organe der Landwirtschaftsgenossenschaft sind die Hauptversammlung der Delegierten, der Ausschuss und der Vorstand. Auf 1000 Genossenschaftsmitglieder entfallen 18 Delegierte, auf je weitere 500 Mitglieder 6 Delegierte.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in sechs Wählergruppen: 1. Landwirtschaftliche Angestellte und Arbeiter; 2. Besitzer von Grund und Boden bis fünf Hektar; 3. jene von fünf bis zwanzig Hektar; 4. jene von zwanzig bis vierzig Hektar und 5. jene von über vierzig Hektar aufwärts und als 6. Gruppe die der landwirtschaftlichen Intelligenz.

Nehmen wir also durchschnittlich auf 1000 Genossenschaftsmitglieder rund 18 Delegierte, so würden auf die einzelnen Gruppen nachstehende Stimmen und Mandate entfallen:

Gruppe 1 400.000 Stimmen =	7200 Mandate
" 2 700.000 " =	12.000 "
" 3 1.300.000 " =	2340 "
" 4 30.000 " =	540 "
" 5 4500 " =	78 "
" 6 14.000 " =	252 "
Summa 1.278.500 Stimmen =	23.010 Mand. *)

Diese 1.278.500 Genossenschaftsmitglieder werden sich naturgemäß auf eine ganze Anzahl Landwirtschaftsgenossenschaften verteilen. Da jedoch der Großteil der zu bebauenden Bodenfläche im tschechischen Sprachengebiet liegt und dort auch die verhältnismäßig größere Menge der Kleinlandwirte und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sesshaft ist, wird die numerische Uebermacht der tschechischen Vertreter über die deutschen in den Landwirtschaftsgenossenschaften eine überwältigende sein.

Dieses Verhältnis wird in den Landwirtschaftskammern noch krasser zutage treten. Jede Landwirtschaftsgenossenschaft hat in die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer sechs Vertreter zu entsenden und es läßt sich wohl schon heute an den Fingern ausrechnen, wie die Einflußlosigkeit der Deutschen in dieser hochbedeutungsvollen landwirtschaftlichen Institution sein wird.

Die sonstigen der Regierungsvorlage anhaftenden Mängel werden später besprochen, heute jedoch müssen wir uns auch hier gegen die Art der Sektionierung der Landwirtschaftsgenossenschaften und Landwirtschaftskammern äußern. In den Landwirtschaftskammern soll die vom Bodenamt eingeleitete Tschschisierung ihre lückenlose Vollendung erfahren, d. h. immer en-

ger soll der Preis gezogen werden, in dem sich schon heute das gesamte volkswirtschaftliche Leben der Deutschen nur unter größter Mühe bewegen und erhalten kann. Die tschechischen Gesetzesfabrikanten scheinen sich immer weiter vom Wege der Vernunft und der Gerechtigkeit zu entfernen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die tschechischen Genossenschaften gegen den provisorischen Zolltarif. Am 6. November fand eine Konferenz der tschechischen Genossenschaften statt, welche eine scharfe Resolution gegen den neuen provisorischen Zolltarif faßte. In der Resolution wird gesagt, daß der neue Zolltarif einen Angriff auf die Interessen der Konsumenten bedeute. Der Tarif ist einzig und allein den Interessen der Produzenten angepaßt und nimmt auf die Konsumenten keine Rücksicht. Der Charakter des Tarifs ist fiskalisch, da der Zoll in vielen Fällen die volle Höhe des Wertes erreicht, was ein Beweis dafür ist, daß die staatliche Finanzpolitik die ältesten Mittel noch immer anwendet, nämlich die schwersten Lasten auf die Schultern der Massen abzuwälzen. Der Genossenschaftsrat beauftragt den Vorstand des Verbandes der tschechoslowakischen Genossenschaften, gegen diesen Angriff auf die Interessen der Konsumenten den schärfsten Kampf zu führen. Die Vertreter der breiten Massen im Abgeordnetenhaus und im Senat werden ersucht, die Interessen der Genossenschaften zu vertreten. Der Vorstand der tschechischen Genossenschaften hat die Absicht, in der nächsten Zeit einige hundert öffentliche Versammlungen einzuberufen, in denen gegen den neuen Zolltarif protestiert werden soll.

Adel und Börsenspekulation. Wie die „Tribuna“ meldet, haben in der letzten Zeit viele Adelige, die ihre Güter in der tschechoslowakischen Republik, aber gegenwärtig außerhalb der Grenzen der Republik leben, auf eine Aussteigerung der österreichischen Krone spekuliert. Vor dem Tode Karls haben diese Adelligen durch Vermittlung der Wiener Banken große Mengen österreichischer Kronen aufgekauft, von denen sie glaubten, daß sie im Werte steigen werden. Allein die Dinge kamen anders, als es sich die adeligen Börsenspekulanten dachten und das Scheitern der karlsinischen Pläne begrub auch ihre finanziellen Hoffnungen. Die Wiener Banken streben nun die Bezahlung der ausstehenden Forderungen an und die Adelligen sind dadurch in große Geldschwierigkeiten geraten. Sie suchen daher ihre Güter in Böhmen zu verkaufen.

Spiritusmangel ist in Prag und Umgebung aufgetreten. Dies wird darauf zurückgeführt, daß die Spirituskommission in der letzten Zeit beunruhigende Nachrichten verbreitet hat, und die Bevölkerung über ihren Verbrauch Spiritus eingekauft hat. Wie ein tschechisches Blatt schreibt, soll die Spirituskommission Stimmung für den Ausschub ihrer Liquidierung machen.

Bezirksgewerkschaftskartell in Postlebera. Sonntag, den 6. November, fand in Postlebera die Gründung eines Bezirksgewerkschaftskartells statt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Josef Schäckel gewählt.

90 Milliarden Pannoten in Oesterreich. Dem Ausweise der Oesterreich-Ungarischen Bank zufolge ist der Pannotenumsatz nach dem Stande vom 31. Oktober um 10,15 Milliarden Kronen gestiegen. Infolgedessen stellt sich der Gesamtumsatz auf 90,9 Milliarden Kronen.

Die Eisenproduktion der Deutschen Großeinkaufsgesellschaft ist am stärksten in Seife. Der Anteil der Großeinkaufsgesellschaft an der Gesamtproduktion Deutschlands in Seife beträgt 5 Prozent. Dasselbe Verhältnis besteht bei Streichhölzern. Bei Zigaretten, Zigarren und Tabak beträgt der Anteil an der Gesamtproduktion 1 Prozent. Der Wert der bei der Großeinkaufsgesellschaft erzeugten Waren beziffert sich 1920 auf 156 Millionen Mark, das sind etwa 11,5 Prozent vom Gesamtumsatz.

Eine lettische Genossenschaftsbank. Die vom lettischen Genossenschaftsverband im vorigen Jahre beschlossene Volksbank hat bereits ihre Tätigkeit begonnen. Ihre Aufgabe ist es, den Genossenschaften Kredite zu verschaffen. Das Kapital besteht aus 10.000 Anteilen zu je 500 lettischen Rubeln, von denen 58 Prozent sich in Händen der Genossenschaften befinden. Zu Beginn des Jahres 1920 waren an die Bank 8 Genossenschaftsverbände, 152 Konsumgenossenschaften, 37 Kreditgenossenschaften, 10 Molkereigenossenschaften, 25 Landwirtschaftsvereine und 55 andere Vereine, ferner 171 Kommunal- und Kreisbehörden angeschlossen.

Die Internationale Arbeitskonferenz und die Landarbeiter. Die Arbeitskonferenz hat einmütig eine Empfehlung angenommen, in welcher die Regierungen aufgefordert werden, die sich aus dem Versicherungswesen und den sozialen Gesetzen ergebenden Vorteile, deren sich die Arbeiterschaft der Industrie und des Handels erfreut, auch auf die landwirtschaftlichen Angestellten auszuweihen. Die Konferenz lehnte es mit 53 gegen 35 Stimmen ab, dieser Empfehlung

die Form eines präzisen Entwurfes zu geben, wie es der italienische Arbeiterdelegierte gefordert hatte.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 238, 100 Mark 24,40, 100 Schweizer Franken 1743, 100 Lire 301, 100 franz. Franken 878 1/2, 1 Pfund Sterling 371, 1 Dollar 94 1/2, 100 belg. Franken 681 1/2, 100 Peso 1282 1/2, 100 Dinar 106 1/2, 100 Lei 80 1/2, 100 österr. Kronen 185, 100 poln. Mark 3,67 1/2, 100 ung. Kronen 9,05 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Die Frauenkonferenz.

Wir bringen den Genossinnen, besonders der allen Delegierten zur Frauenrechtskonferenz, zur Kenntnis, daß infolge der Verschiebung des Parteitagcs auf den 11. Dezember, die Frauenrechtskonferenz

Samstag, den 10. Dezember.

um 9 Uhr vormittags in der Volkshalle in Bodenbach a. E. stattfindet.

Jene Organisationen, welche noch keine Delegierte angemeldet haben, werden um ehestige Bekanntgabe derselben an das Sekretariat des Frauenrechtskomitees, Teplitz-Schönan, Seilerstraße Nr. 1, gebeten.

Das Frauenrechtskomitee.

Kunst und Wissen.

Weinberger Stadttheater. Julius Jecher, „Stara historie“ („Die alte Geschichte“). Der gestrige Abend brachte keine eigentliche Premiere, sondern vielmehr eine Neuaufnahme eines amüsanten literarischen Experimentes, das der so ernste, schwerkriegerische Jecher im Jahre 1882 unternommen hat. Es handelt sich dabei um einen Versuch, die italienische „commedia dell'arte“, zu deutsch: „Kunstkomödie“ auf die tschechische Bühne zu übertragen. Was ist nun die „commedia dell'arte“? Sicherlich die älteste Art, Komödie zu spielen. Die sich früh neben dem anfangs immer religiös gefärbten und kulturdienenden Drama entwickelt hat. Sie behandelt stets die allereinfachsten und primärsten komischen Probleme: den betrogenen Betrüger, den eifersüchtigen und hinterhältigen Gefährten Chemann, am häufigsten aber und besten den verliebten Mann. Die Lösung dieses Problems steht von vornherein fest, das Mädchen heiratet ihren jungen Liebhaber, der Komiker, die Soubrette und der Alte hat am Schluß um Schaden auch noch den Spott. Das also ist selbstverständlich, der eigentliche Reiz der Komödie besteht in dem „Wie“ der Führung der Intrigue, mit Hilfe deren das Ziel erreicht wird. Auch die Personen sind feststehend und haben in der italienischen Komödie wenigstens auch ihre feststehenden Namen. Es setzt natürlich einen ziemlich hochgebildeten Geschmack beim Publikum voraus, sich über die banale Stoffneugierde hinaus für die Behandlung art eines Themas, also etwas wesentlich künstlerisches, interessieren zu können, und die „Commedia dell'arte“ bietet eben mit ihren stets wiederkehrenden Typen ganz ungeahnte formale Möglichkeiten. Ihre Fortentwicklung fand die „Commedia dell'arte“ in der italienischen Oper, die Mozart zur höchsten Vollendung geführt hat, und ihr letztes Aufblühen feiert die Geschichte vom verliebten Mann in Rossini's „Barbier von Sevilla“. Der Titel der Weinbergschen Komödie ist also sehr berechtigt, es ist wirklich eine uralte Geschichte. Jener war nicht der einzige unter den ersten Dichtern, die sich von dem präzisen Liebreiz der italienischen Komödie angesogen fühlten; wir finden Goethe, Grillparzer und Schiller unter seinen Vorläufern. Jecher bringt für seine Aufgabe zunächst eine hervorragend elegante Verskunst mit, ferner eine wirklich dem Romanischen sehr nahe kommende Grazie. Leider glaubt er sich für das Stückchen entschuldigen zu müssen und er tut dies in einem etwas doktrinarischen und darum schleppenden Epilog. Daß die Komödie derzeit nicht wirkte, ist ganz selbstverständlich; man war damals gar zu nüchtern, verlangte Motivierung, Wahrscheinlichkeit der Handlung, einen ethischen Beigeschmack und ähnliches mehr und hatte keinen Sinn für das bloße Spiel. Heute, wo wir uns wieder nach einer stärkeren Phantasie auf der Bühne sehen, scheint der Zeitpunkt dafür gekommen zu sein, wie der Regisseur des Abends, Herr Karl Capel, in seinem geistvollen Vorwort zum Programm richtig hervorhob. Seine Reize traf auch den Stil im Ganzen sehr glücklich, nur war die szenische Ausstattung allzu unruhig in den Farben, was das Verfolgen der Vorgänge auf der Bühne recht erschwerete. Unter den Darstellern stehen die Damen Jacoba als Liebhaberin und Balbosa als Soubrette an erster Stelle, auch Herr Stepanek deklamerte als Liebhaber mit der nötigen Eleganz und dem nötigen Schwung; ganz vorzüglich war Herr Beverka als komischer Diener, ferner Herr Bosalik als Pastetenbäcker; hingegen hat Herr Kobavil seine Rolle des alten Herrn stellenweise gar zu sehr ins Widersätzliche vergeret. Eine Kleinigkeit wäre noch zu bemerken. Daß die italienische Komödie, wenn sie Musik brauchte, selbstverständlich zu den af-

teuften Melodien griff, liegt auf der Hand. Bei einer heutigen Aufführung sollte man aber doch vermeiden, daß der Liebhaber just das Ständchen aus „Don Juan“ singt. Derartige Dinge wirken gar zu banal oberbetonnenmäßig und man tut dem Dichter damit einen recht üblen Dienst. Die Komödie fand viel Beifall.

Dr. L. Z.

Neues deutsches Theater. Heute Donnerstag „Ruhreigen“, Freitag Goldspiel Thaller „Katakomben“, Samstag nachmittags 2 Uhr „Kassikerbestimmung Marie Elviri“, 7 Uhr Abends „Petter aus Dinada“, 10 Uhr Nachbühnenspieler Elviri. Sonntag abends 7 Uhr „Ruhreigen“.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinnahme sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag. Morgen Freitag spricht Dozent Dr. Eduard Niliš-Brumm über „Politik und Weltanschauung“. Der Vortrag wird durch zahlreiche Vorträge erläutert. Gäste willkommen. Ort: Theatralisches Institut, Prag II, Buntische 3. Zeit: 8 Uhr.

Ein

Arbeiter-Taschenkalender

für das Jahr 1922.

Der allen Ansprüchen Rechnung trägt, die an ein solches Buch gestellt werden können, wird vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik herausgegeben. Der Verlag und die Auslieferung des Kalenders wurde der Buchhandlung „Freiheit“, Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18, übertragen. Trotz des verhältnismäßig niedrigen Preises von

6 Kronen

enthält der Taschenkalender, der gut gebunden ist, eine Fülle Wissenswertes. Außer einem Adressarium, einem Taschenbuch und den für gewöhnlich und politisch organisierte Arbeiter wichtigen Adressen findet man in diesem Handbuch für Vertrauensmänner, so darf man diesen Kalender wohl nennen, Aufsätze über das Staatsbürgerrecht und das Primatrecht, über die Gemeindeförderungsordnung, über das Entgelt, die Krankenversicherung, das Chereformgesetz, die Arbeiterbücherei, ferner Winke für Redner und Redaktionen für Juchrer, Erläuterungen von Schloßbüchern des Tages. Ein Bild unseres unvergleichlichen Führers Josef Tschschier schmückt das handliche Büchlein, das wohl jedem Vertrauensmann, so jedem Genossen überhaupt, unentbehrlich ist. Bestellungen sind, da die Kalender bald vergriffen sein dürfte, sofort durch die Verwaltungen der Arbeiterblätter sowie die Organisationen zu richten an die Buchhandlung „Freiheit“, Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18.

Herausgeber:

Dr. Ludvík Čech und Karl Čermak. Gesamtverleger Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Arbeiterbuchdruckerei Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

1/8 Théâtre Variété 1/8 Prag-Karlin.

Gänzlich neues Leseprogramm, allgemein als wunderbar bezeichnet!

5 SEELÖWEN Kapitain Nansen's

12 sensationelle Attraktionen. 292

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Czapowski & Comp., Prag, I., Celestna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probestellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106

BIO SANSSOUCI - PRAG II.

Marianská 34. Ab Heute eröffnet!

„ZORRO der RÄCHER“ 297

Ein Meisterwerk amerikanischer Filmkunst.

Erste Klasse der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. S., Prag I., Celestna ul. 35, bis-a-bis dem Obecni dum. Telefon 2871. 107

F. ŠTASTNÝ, Speditour, Prag

Václavské nám 57.

Spedition aller Art, Verzollungen

eigene grosse Lagerräume

Möbeltransport per Bahn und

3: Achse ohne Umladung. 3:

Speditours der „Grosshandels-Gesellschaft“ Prag

BERSON GUMMIABSÄTZE
BILLIGER ALS LEDER